



Inhalt

1. Bericht des Fachausschusses Kinder, Jugend, Frauen, Familie und Bildung....3
2. Bericht des Fachausschusses Soziales und Gesundheit 11
3. Bericht des Fachausschusses Verbandspolitik 17
4. Bericht der Historischen Kommission 23
5. Bericht der Kommission „Junge Menschen aktiv in der AWO“ 27
6. Bericht des AWO-Ethikrates 31
7. Bericht der Grundsatzkommission 34
8. Bericht der Kommission gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit 37
9. Bericht der Kommission Geschlechtergerechtigkeit in der AWO 41

1. Bericht des Fachausschusses Kinder, Jugend, Frauen, Familie und Bildung 2016–2021

Inhalt

- 1.1 Themenschwerpunkte**
- 1.2 Aktivitäten und Ergebnisse**
 - Verbandspolitik**
 - Sozialpolitik**
 - Bildungspolitik**
 - Kinder- und Jugendhilfepolitik**
 - Familienpolitik**
 - Frauen- und Gleichstellungspolitik**
- 1.3 Leitung des Fachausschusses**

1.1 Themenschwerpunkte

Der Fachausschuss Kinder, Jugend, Frauen, Familie und Bildung berät das Präsidium in sozialpolitischen Grundsatzthemen aus der Kinder- und Jugendhilfe- sowie der Frauen- und Bildungspolitik. Er soll sich hierzu verbandspolitisch positionieren. Im Unterschied zu seinen früheren Themensetzungen in den Zeiten als er noch „Fachausschuss für Jugendpolitik und Bildung“ hieß, spiegelt die Namensweiterung auf „Kinder, Jugend, Frauen, Familie und Bildung“ seine gewachsene Bedeutung für alle Themen der Abteilung 6 Kinder, Jugend, Frauen, Familie in der AWO Bundesgeschäftsstelle wider. Infolgedessen waren alle Referent*innen der Abteilung 6 als Gäste gern gesehene Expert*innen im Fachausschuss.

Im Fachausschuss vertreten sind ehren- und hauptamtliche Repräsentant*innen aus den AWO Landes- und Bezirksverbänden, dem Bundesjugendwerk der AWO, dem ZFF Zukunftsforum Familie, dem ISS Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (Frankfurt/M.), der Stiftung SPI Sozialpädagogisches Institut Berlin, dem DJI Deutsches Jugendinstitut (München) sowie Einzelpersonlichkeiten, die vom Präsidium für vier Jahre berufen werden.

In seiner konstituierenden Sitzung am 04. Mai 2017 gab sich der Fachausschuss sein Arbeitsprogramm, welches in seiner vierjährigen Arbeitsperiode und in enger Abstimmung mit dem Präsidium immer wieder überprüft und aktualisiert wurde.

Die Arbeit des Fachausschusses wurde in seiner Arbeitsperiode durch zwei (fach-)politische Großereignisse geprägt: Der Bundestagswahlkampf 2017 mit der anschließenden Koalitionsvereinbarung vom 07.02.2018 und der fachpolitischen Vorbereitung der Bundeskonferenz 2020 – verlegt nach 2021. Insbesondere die vertiefte Debatte über die zentralen, für den Fachausschuss relevanten Regierungsvorhaben wurde vor dem Hintergrund der „Düsseldorfer Erklärung zur Kinder- und Jugendhilfe der AWO“ (2017) dahingehend geschärft, dass der Fachausschuss für wichtige sozialpolitische Vorhaben der Bundesregierung seine Haltung in Positionen formulierte, die seine „Roten Linien“ zu rechtsextremen Entwicklungen kennzeichnen.

Der Fachausschuss traf sich in seiner Wahlperiode zu 15 Sitzungen, darunter drei Expert*innen-Gespräche (zur Care-Diskussion am 16.03.2018, zum Bedingungslosen Grundeinkommen am 14.09.2018 und zu den Auswirkungen der

Corona Pandemie auf Kinder und ihre Familien am 01.10.2020), eine Klausurtagung zur Bewertung des Koalitionsvertrags der Bundesregierung am 15.03.2018 und eine vom Fachausschuss gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) organisierte Fachtagung zur Reproduktionsmedizin am 12.09.2019. Das Expert*innen-Gespräch zum Bedingungslosen Grundeinkommen wurde gemeinsam mit dem Fachausschuss Soziales und Gesundheit und Gästen durchgeführt. Corona-bedingt fanden die letzten drei Sitzungen in hybrider bzw. digitaler Form statt.

Im Ergebnis seiner sozialpolitischen Beratungen wurden mehrere fach- und verbandspolitische Anträge zur Kinder-, Jugendhilfe-, Frauen- und Bildungspolitik über den Vorstand in die Bundeskonferenz 2020/2021 eingebracht. Diese greifen auch die massiven Veränderungen in einzelnen Handlungsfeldern auf, die durch die Corona-Pandemie sichtbar wurden und teils zu massiven Auswirkungen auf die soziale Arbeit mit ihren unterschiedlichen Zielgruppen führten.

1.2 Aktivitäten und Ergebnisse

Die fachpolitischen Beratungen des Fachausschusses von 2017 bis 2021 lassen sich sechs großen Politikfeldern zuordnen, denen die wichtigsten Sachthemen und Aktivitäten im Überblick zugeordnet werden. Viele der Themenbereiche leiten sich aus Beschlüssen der Bundeskonferenz 2016 in Wolfsburg ab. Einige zentrale Themen stehen in der Kontinuität langjähriger Beratungs- und Diskussionsprozesse aus Perioden früherer Fachausschüsse. Andere Themen sind neu dazugekommen. Die Vorsitzende Christiane Reckmann berichtete regelmäßig im Präsidium über die Themen und Ergebnisse der Beratungen im Fachausschuss.

Verbandspolitik

- Der Fachausschuss war eingebunden in die Beratung und Erstellung der Themen Bildung, Familie, Kindheit und Jugend sowie Gleichstellung und Frauenpolitik des AWO Grundsatzprogramms „Gemeinsam für soziale Gerechtigkeit“. Durch zwei Mitglieder war er in der Grundsatzkommission vertreten.
- Im Rahmen einer Klausurtagung am 15. März 2018 erarbeitete der Fachausschuss grundlegende AWO Positionen zum Koalitionsvertrag der Bundesregierung 2017 bis 2021. Seine Bewertung erfolgte unter dem Fokus

dessen, was aus Sicht der AWO nicht oder nicht ausreichend unseren Positionen entspricht, wo sozusagen die „Roten Linien“ in der fachpolitischen Auseinandersetzung markiert werden müssen. Insbesondere sollten seine Forderungen Haltung und Position beziehen gegenüber rechtspopulistischen und diskriminierenden Meinungsäußerungen in der Gesellschaft. Aus dieser Diskussion ergaben sich vielfältige Empfehlungen wie etwa – in Schlagworten: Familie ist bunt und wird bunter, Demokratie leben und lernen, strukturelle Gewalt macht uns an, gleiches Recht haben – und kriegen?, Kinder- und Jugendhilfe weiter entwickeln, Bildung – am ganzen Tag!

- Der Fachausschuss hat sich zu zwei verbandspolitisch zentralen Themen „Für eine Gesellschaft in Vielfalt – unsere Grundwerte leiten unser Handeln“ und „Beteiligungsqualität in der AWO weiterentwickeln und stärken“ positioniert und als mögliche Anträge zur Bundeskonferenz 2020/2021 an den Vorstand weitergeleitet.

Sozialpolitik

- Im Zuge der Beratungen zur Finanzierung von Care-Arbeit wurde ein thematischer Schwerpunkt auf das Finanzierungsmodell des Bedingungslosen Grundeinkommens gelegt. Ein Bundeskonferenzbeschluss von 2016 hatte zugleich auch ein „bedingungsfreies Alterseinkommen“ thematisiert. Aus diesem Grund schlossen sich die beiden Fachausschüsse Kinder, Jugend, Familie, Frauen und Bildung (KJFFB) und Soziales und Gesundheit zusammen, um eine gemeinsame Positionierung auszuloten und auszuarbeiten. Hierzu fand am 14.09.2018 eine gemeinsame Expert*innen-Anhörung statt, an der Dr. Rigmar Osterkamp, ehemals Ifo Institut für Wirtschaftsforschung, die in der Diskussion befindlichen Modelle vorstellte. Aufbauend auf diesen Beratungen und weiterer Diskussionen in beiden Fachausschüssen wurde im Mai 2020 das AWO Argumentationspapier „Das bedingungslose Grundeinkommen“ veröffentlicht.

Bildungspolitik

- Von der Bundeskonferenz 2016 an das Präsidium und in der Folge an den Fachausschuss überwiesen wurde die Positionierung zu den Forderungen nach Gleichstellung und gleicher Bezahlung von Lehrer*innen und Sozialpädagog*innen sowie der Akademisierung der Erzieher*innen“. Eine

Arbeitsgruppe des Fachausschusses erarbeitete hierzu die Positionierung „Wider die Dequalifizierung – Standards der Erzieher*innen-Ausbildung sichern und deren Attraktivität erhöhen“.

- Insbesondere vor dem Hintergrund der sozialen Auswirkungen der Corona-Pandemie erarbeitete der Fachausschuss den Leitantrag „Recht auf Bildung für alle – ungleiche Bildungschancen überwinden“ und brachte ihn zur Beratung in die Bundeskonferenz 2021 ein.

Kinder- und Jugendhilfepolitik

- Seit den Corona-bedingten Einschränkungen haben sich vielfältige Herausforderungen und Veränderungen in den Arbeitsfeldern und insbesondere bei ihren Adressat*innen ergeben. Vielfach entstand der Eindruck, dass bei Entscheidungen über Maßnahmen und Strategien und bei der Abwägung vielfältiger Interessen die Perspektive von Kindern, Jugendlichen und Eltern nicht bzw. zu unzureichend eingenommen wurde. Der Fachausschuss veranstaltete am 01.10.2020 eine Expert*innen-Anhörung mit Johanna Wilmes von der Universität Frankfurt /M. und Mitarbeiterin im Forschungsverbund „Kindheit-Jugend-Familie in der Corona-Zeit“ zu den Ergebnissen zweier bundesweiter Forschungsstudien in Bezug auf die Herausforderungen und sozialpolitischen Folgen der Corona-Pandemie für die Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe. Die Diskussion über die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Arbeitsfelder und Zielgruppen wurde auf der Februar-Sitzung 2021 mit den Expert*innen des Bundesverbandes vertieft. Sie mündete in Forderungen zur Überwindung der Corona bedingten Defizite und Benachteiligungen insbesondere in Bezug auf die sichtbar gewordene Bildungsbeteiligung.
- Im Plenum und in Arbeitsgruppen hat der Fachausschuss an der Dokumentation und insbesondere an den zehn Grundpositionen der „Düsseldorfer Erklärung zur Kinder- und Jugendhilfe“ mitgearbeitet. Diese spiegeln die Ergebnisse der 8. AWO - Sozialkonferenz „Stark für Kinder und Jugendliche. Wir. Die AWO“ vom 04. März 2017 in Düsseldorf eindrucksvoll wieder. Diese Ergebnisse wurden auf der AWO Fachtagung „Kurz vor 100...und der Blick darüber hinaus – Kinder- und Jugendhilfe 2019 ff.“ (29. bis 31. Oktober 2018) vertieft insbesondere in der Orientierung an den „Roten Linien“ im Umgang mit rechtsextremen Positionen. Diese Haltung prägte maßgeblich die inhaltliche Ausrichtung dieser

Fachtagung, die u.a. der Selbstvergewisserung bzw. Re-Formulierung und Schärfung von AWO-Positionen in jugendpolitischen Themen diente und deren Ergebnisse in die Beratungen des Fachausschusses zur Entwicklung von AWO Anträge zur Bundeskonferenz 2020/2021 Eingang fanden.

- Ein großes und langjähriges Anliegen der Kinder- und Jugendhilfepolitik ist die Reform des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (SGB VIII) hin zu einer inklusiven Ausgestaltung. Der Fachausschuss wurde regelmäßig in die Beratungen zum Gesetzentwurf für das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG) eingebunden. Besonderes Interesse fanden der breit angelegte Dialogprozess sowie die vorbereitenden Stellungnahmen der AWO / BAGFW zu den vier zentralen Themenfeldern zur Beratung in der Arbeitsgruppe „SGB VIII: Mitreden-Mitgestalten“.

Über weitere aktuelle Gesetzesvorgaben wurde regelmäßig informiert – etwa zum Rechtsanspruch auf ganztägige Bildung und Betreuung für Grundschulkindern oder zum Kindschaftsrecht.

- Zu den zentralen Aspekten „Benachteiligungen und Armutslagen entgegen wirken“ und „Teilhabe und Integration ermöglichen“ wurde der Fachausschuss regelmäßig eingebunden in den Prozess und die Ausformulierung der Forderungen zu den Ergebnissen der fünften Phase der AWO-ISS-Langzeitstudie zur Kinderarmut „Armut im Lebensverlauf – Kindheit, Jugend und junges Erwachsenenalter“ (2017 bis 2019).
- Die AWO stellt sich den Herausforderungen der Digitalisierung in der Kinder- und Jugendhilfe und will sie ernst nehmen. Hierzu wurde der Fachausschuss in die Vorbereitung und Ausgestaltung der AWO Fachtagung „Digitalisierung und Medialisierung“ am 09. November 2017 eingebunden.
- Zur Unterstützung wichtiger gesellschaftlicher und jugendpolitischer Herausforderungen verabschiedete der Fachausschuss die Bundeskonferenzanträge „Verankerung der Leitidee Bildung für nachhaltige Entwicklung in Kindertageseinrichtungen“ und „Ökologische Kinderrechte weltweit achten“.

Familienpolitik

- Es fanden regelmäßige Beratungen zum Thema „Care / Modell der Optionszeiten/ Suche nach Lösungen für die Care-Krise“ statt. Hiermit engagierte sich der

Fachausschuss in der Mitgestaltung der gesamtgesellschaftlichen Debatte zur Organisation von Care sowohl im privaten als auch im professionellen Bereich. Ziel der Diskussion ist es, gesellschaftliche und politische Veränderungsprozesse für eine angemessene Berücksichtigung und gleichzeitige Aufwertung der Fürsorgearbeit einzuleiten. Am 16.03.2018 fand ein Expert*innen-Gespräch mit Dr. Karin Jurczyk, DJI, zum Thema „Zeit für Fürsorge durch Atmende Lebensläufe. Eine Antwort auf die Care-Krise“ sowie mit Prof. Michael Opielka, Institut für Sozialökologie/ Hochschule Jena, zum Thema „Care-Krise, Grundeinkommen und Wohlfahrtsverbände“ statt.

- Das Thema „Vereinbarkeit von Pflege und Beruf: AWO unterstützt Empfehlungen des unabhängigen Beirates für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf und fordert Rechtsanspruch auf familiäre Pflege!“ wurde als Bundeskonferenzantrag erarbeitet.
- Der Fachausschuss hat einen Leitantrag zum Thema Familie angeregt, der seine Beratungsergebnisse – etwa zur Care-Diskussion – aufgreifen wird. Dieser wird federführend vom ZFF eingebracht.

Frauen- und Gleichstellungspolitik

- Das Thema „Eigenständige Absicherung von Frauen in der gesetzlichen Krankenversicherung – Weiterentwicklung der beitragsfreien Mitversicherung von Ehepartnern in der gesetzlichen Krankenversicherung“ wurde gemeinsam mit dem Fachausschuss Soziales und Gesundheit eingehend bearbeitet. Dies erfolgte aufgrund einer Anfrage des Vorstands um Überprüfung einer früheren Beschlusslage der Bundeskonferenz 2012 zum Ehegattensplitting und zur beitragsfreien Mitversicherung von Ehepartnern. In der Folge führte der Fachausschuss KJFFB gemeinsam mit dem Fachausschuss Soziales und Gesundheit am 14.09.2018 eine gemeinsame Sitzung durch. Im Ergebnis wurde eine Gemeinsame Erklärung von AWO und ZFF „Für einen Ausbau der Leistungen zur Kindererziehung“ (2019) zur Frage des generativen Beitrags in der Sozialversicherung veröffentlicht.
- Am 12. September 2019 führte der Fachausschuss KJFFB gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) ein Fachgespräch und eine öffentliche Abendveranstaltung zum Thema „Kinder unter allen Umständen?! Was kann und darf Reproduktionsmedizin heute – und morgen?“ durch. In der Auswertung

wurden zentrale Eckpunkte für eine zu aktualisierende Positionierung der AWO zur Reproduktionsmedizin ausgearbeitet.

- Der Fachausschuss hat regelmäßig die Erstellung des 1. Gleichstellungsberichts der AWO „Geschlechtergerechtigkeit und Vielfalt: Eine Frage des verbandlichen Überlebens“ (2018) mitberaten mit dem Ziel, tradierte Arbeitsteilungen, gewohnte Normalitätsstandards und das gewachsene Selbstbild in den eigenen Strukturen kritisch unter die Lupe zu nehmen, geschlechtergerecht weiter zu wachsen, Neues aufzubauen und Bestehendes weiter zu entwickeln.
- Im Kontext der intensivierten Gleichstellungsarbeit wurde der Bundeskongferenzantrag der Kommission Geschlechtergerechtigkeit „Geschlechtergerechtigkeit in der AWO erreichen und Vielfalt leben!“ am 06. März 2020 in einer gemeinsamen Sitzung beraten.
- Der Fachausschuss hat die Themen „Reproduktionsmedizinische Entwicklungen kritisch begleiten“ und „Sexuelle und reproduktive Rechte sichern und stärken“ als Anträge zur Bundeskongferenz ausgearbeitet.
- Die Beratungen des Fachausschusses zu den Frauen- und Gleichstellungspolitischen Fragen und Herausforderungen fanden einen verbandspolitischen Höhepunkt in der 10. Sozialkongferenz der AWO „Irrelevant trotz Systemrelevanz? – Frauen- und Gleichstellungspolitik in der Krise“, die am 08.12.2020 in digitaler Form stattfand.

1.3 Leitung des Fachausschusses

Vorsitz Christiane Reckmann

Geschäftsführung Dieter Eckert

2. Bericht des Fachausschusses Soziales und Gesundheit 2016–2020

Inhalt

- 2.1 **Aktivitäten und Ergebnisse**
 - Sozialstaat / Europa**
 - Alterssicherung / Rente / Arbeit / Armut / Wohnen / Europa**
 - Gesundheit / Inklusion / Pflege**
 - Migration**
 - Verschiedene Projektvorstellungen**
- 2.2 **Veröffentlichungen des Fachausschusses**
- 2.3 **Zusammensetzung des Fachausschusses**

Der Fachausschuss Soziales und Gesundheit ist vom Präsidium eingesetzt mit der Aufgabe sozial- und gesundheitspolitische Themen zu bearbeiten, AWO-Positionen vorzubereiten, neue Akzente in politischen Debatten zu setzen und das Präsidium bei seinen Entscheidungen zu unterstützen.

Mit der Veranstaltungsreihe „Sozialpolitisches Kolloquium“ wurde ein Format fortgesetzt, das regelmäßig im Rahmen des Fachausschusses Soziales und Gesundheit des Präsidiums der AWO im ersten Teil stattfindet und sich sowohl an die Mitglieder des Fachausschusses als auch an Interessierte aus dem Verband sowie externe Fachleute richtet. Hiermit werden regelmäßig profilierte Vorträge von Externen gehalten, die auch von Mitgliedern des Fachausschusses kommentiert und von der offenen Runde diskutiert werden.

Das Gremium tagt in der Regel drei Mal pro Jahr.

Die nachfolgende Aufstellung gibt einen themenbezogenen und kursorischen Überblick über die Aktivitäten und Ergebnisse des Fachausschusses der vergangenen vier Jahre:

2.1 Aktivitäten und Ergebnisse

Sozialstaat / Europa

- Sozialpolitisches Kolloquium zu dem Thema: „Bundesteilhabegesetz“
- Positionen und Wahlprüfsteine der AWO zur Bundestagswahl 2017
- Aussprache im Fachausschuss über die Stellungnahme zum Koalitionsvertrag
- Beratung des Antrags zum Thema „Soziales Unternehmertum“, Zielrichtung Einbringung bei der BAGFW
- Diskussion zum generativen Beitrag in der Sozialversicherung, Papier „Für einen Ausbau der Leistungen zur Kindererziehung!“
- Beratung des Entwurfs für „Empfehlungen der Arbeiterwohlfahrt zur Weiterentwicklung der Straffälligenhilfe als gesamtgesellschaftliche Aufgabe“
- Gemeinsame Diskussion mit dem Fachausschuss Kinder, Jugend, Frauen, Familie, Bildung zum Bedingungslosen Grundeinkommen: Vortrag von Dr. Rigmar Osterkamp „Bedingungsloses Grundeinkommen: Was steckt dahinter? Revolutionäres gesellschaftspolitisches Ziel, sinnvolles Instrument der Sozialpolitik oder ein Irrweg?“; im Anschluss gemeinsame Erarbeitung eines Argumentationspapiers

- Diskussion zur Europawahl 2019
- Sozialpolitisches Kolloquium zum Thema EU-weiter Mindestsicherungsstandards
- Entwurf eines Papiers zum Thema „Klimaschutz umsetzen, Teilhabe ermöglichen!“, Erarbeitung und Diskussion des daraus resultierenden Grundsatzpapiers: Den Wandel solidarisch nutzen: Gemeinsam für die sozialökologische Wende
- Kommentierung eines Referentenentwurfs zur Grundrente

Alterssicherung / Rente / Arbeit / Armut / Wohnen / Europa

- Kolloquium zum Sozialen Wohnen
Vortrag: Andreas Breitner, Verbandsdirektor des Verbandes Norddeutscher Wohnungsunternehmen e. V. zum Auftakt der Bearbeitung des Themas Wohnen und dem Ergebnis der Veröffentlichung Wohnen.Menschen.Recht
- Themen Europa sowie Gesundheitsversorgung und gesundheitliche Chancengleichheit im ländlichen Raum für BUKO-Anträge
- Bericht über das Gesetz zur Einführung einer Wohnungslosenberichterstattung
- BUKO-Antrag „Diskriminierung in der Rentenversicherung beenden“
- Antrag „Lebensstandardsicherung durch die gesetzliche Rente und bedingungsfreies Alterseinkommen“
- Verabschiedung im Präsidium des Antrags soziales Europa „Europapapier“
- Bericht und Diskussion zum Teilhabechancengesetz
- Informationen zu den aktuellen Entwicklungen zum Thema „Sozialer Arbeitsmarkt“
- Begleitung der AWO-ISS-Kinderarmutsstudie
- Begleitung der Feder- und Geschäftsführung des AWO Bundesverbandes in der Nationalen Armutskonferenz (nak)
- Erarbeitung des gemeinsamen Positionspapiers von AWO und ZFF „Generativer Beitrag in der Sozialversicherung“
- Sozialpolitisches Kolloquium „Thema EU-weiter Mindestsicherungsstandards“. Referenten sind Prof. Dr. Benjamin Benz von der Evangelischen Hochschule Rheinland-Westfalen Lippe sowie Herbert Düll, Referatsleiter der Projektgruppe Gesamtwirtschaftliche Fragen des sozialen Europas im Bundesministerium für Arbeit und Soziales; Erarbeitung von entsprechenden Forderungen der AWO
- Informationen zu den Neuerungen im Bereich der Regelbedarfsermittlung

Gesundheit / Inklusion / Pflege

- Bericht zum Pflegeberufegesetz und zum Pflegestärkungsgesetz II
- AWO Positionspapier zum „Inklusiven Arbeitsmarkt“ zur weiteren Einspeisung im Prozess des BTHG
- Diskussion zum Thema Quartiersentwicklung
- Kolloquium zum Thema „Leistungsrechtliche Weiterentwicklung der Pflegeversicherung“ als Gast Herr Prof. Dr. Rothgang von der Universität Bremen, Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik (SOCIUM); Erarbeitung des Papiers „Leistungsrechtliche Weiterentwicklung der Pflegeversicherung“
- Bericht in der Konzierten Aktion Pflege
- Petition zu den Heimentgelten
- Sozialkongress zum Thema „Quartiersentwicklung“ am 04. Mai 2019 in Köln
- Positionspapier Suchtberatung
- Thema Personalbemessung in der Pflege

Migration

- Sozialpolitisches Kolloquium „Deutsche Flüchtlingspolitik: Eine Einordnung aus Sicht der sozialen Verbände“, Diskussion mit Norbert Grehl-Schmitt, Caritas Osnabrück und ProAsyl „Wie schaffen wir das? Gedanken zur Teilhabe von Flüchtlingen – Versuch einer Annäherung“
- Beratung des Antrags „Gemeinschaftsaufgabe Flüchtlingshilfe“ und eine kurze Erklärung des Präsidiums zu diesem Thema
- Beratung des Antrags „Öffnung der Förderangebote für Flüchtlinge für alle Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland“, ebenfalls Grundlage für die Erklärung des Präsidiums
- Bericht aus der Fachtagung „Zugang zum Recht – Teilhabe- und Gesundheitsleistungen für geflüchtete Menschen mit Behinderungen während und nach dem Asylverfahren“
- Übersicht über die Gesetzentwürfe im Bereich Flucht und Migration
- Bericht zum Fachkräfteeinwanderungsgesetz

Verschiedene Projektvorstellungen

- Vorstellung Projekt „Gesundheitsförderung und Prävention für ältere Menschen im Quartier“
- Vorstellung der Arbeit in der Nationalen Armutskonferenz (nak)
- Vorstellung Projekt „Inklusion als Handlungsmaxime“
- Vorstellung Projekt „Klimafreundlich pflegen – CO2 Fußabdruck“
- Vorstellung Bundesprogramm „Innovative Wege zur Teilhabe am Arbeitsleben – rehapro“
- Vorstellung GKV-Versichertenentlastungsgesetz
- Vorstellung EU-Kommissionsvorschlag zum mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021–2027

2.2 Veröffentlichungen des Fachausschusses

- Verabschiedung des Eckpunkteapiers der AWO zur patientenorientierten Gesundheitspolitik (2016)
- Europa sozial gestalten! – Europapolitischer Aufruf an den 19. Deutschen Bundestag (2017)
- 20 Forderungen für eine betroffenenzentrierte Reform des SGB II (2017)
- Positionspapier Wohnen.Menschen.Recht – Wohnraum ist Lebensgrundlage und keine Ware (2018)
- Positionspapier „Leistungsrechtliche Weiterentwicklung der Pflegeversicherung“
- Gemeinsames Positionspapier von AWO und ZFF „Generativer Beitrag in der Sozialversicherung“ (2019)
- Argumentationspapier der AWO zum Bedingungslosen Grundeinkommen (2020)
- Positionspapier Suchtberatung (2020)

2.3 Zusammensetzung des Fachausschusses

Der Fachausschuss wird gebildet von Vertreterinnen und Vertretern aus den AWO Landes- und Bezirksverbänden, dem SPI (Berlin) sowie aus Vertretungen befreundeter Organisationen, die vom Präsidium für vier Jahr berufen werden.

Das Gremium ist dem ehrenamtlichen Präsidium zugeordnet.

Vorsitzender: Prof. Dr. Thomas Beyer

Mitglieder des Ausschusses

Wolfgang Baasch, Anne Baaske, Grit Braeseke (IGES Institut), Andreas Beckmann, Prof. Dr. Gerd Naegele (TU Dortmund), Dr. Harald Groth, Dr. Björn Hacker (Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin), Dr. Birgit Hoppe (SPI), Prof. Dr. Gabriele Kuhn-Zuber (Katholische Hochschule für Sozialwesen), Fabian Müller-Zetzsche (Sozialverband Deutschland), Prof. Dr. Manfred Ragati (Ehrenvorsitzender), Christina Schildmann (SPD), Dagmar Schlapeit-Beck, Jan Sörnsen (Bundesjugendwerk), Karl Stengler, Margit Weihnert, Ulrich Wendte (Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg), Josef Wölfel

Der Fachausschuss wird derzeit von Brigitte Döcker, Mitglied des Vorstands des AWO Bundesverbandes, und Ragnar Hoenig, Leiter der Abteilung Arbeit, Soziales, Europa beim Bundesverband geschäftsführend und fachlich unterstützt. Des Weiteren sind die entsprechenden Fachabteilungen eingebunden durch Wolfgang Barth, Claus Boelicke sowie Steffen Lembke.

Vorsitz	Prof. Dr. Thomas Beyer
Geschäftsführung	Brigitte Döcker Ragnar Hoenig

3. Bericht des Fachausschusses Verbandspolitik 2016–2020

Inhalt

- 3.1 Themenschwerpunkte**
- 3.2 Aktivitäten und Ergebnisse**
- 3.3 Leitung des Fachausschusses**

3.1 Themenschwerpunkte

Der Fachausschuss hat während des Berichtszeitraumes erneut verbandspolitische Diskussionen für das Präsidium aufbereitet, gebündelt und die Umsetzung der verbandspolitischen Beschlüsse, u.a. der Bundeskonferenzen geprüft. Er bildete eine Schnittstelle zu diversen Fachabteilungen-/gebieten und bewertete Arbeitsvorhaben und Positionspapiere aus verbandspolitischer Perspektive.

Dabei stand eine Fülle von Themen auf der Tagesordnung, im vorliegenden Bericht kann nur eine Auswahl angerissen werden.

So zählten folgende zentrale Themen dazu:

- Die Überarbeitung des AWO Grundsatzprogramms
- Mitgliederentwicklung, Verbandsentwicklung und entsprechende Maßnahmen zur Stärkung des Verbandes, dabei auch eine Bewertung zu „10 Jahre Magdeburger Beschlüsse zur Verbandsentwicklung“
- Unternehmensverantwortung für den Mitgliederverband und Verankerung im AWO-Managementsystem
- Überarbeitung des Unternehmenskodex und Erörterung von Compliancefragen
- Vernetzungsaktivitäten Fachausschuss Verbandspolitik und Kommission Junge Menschen aktiv in der AWO

Darüber hinaus beriet und diskutierte der Fachausschuss zahlreiche weitere Themenkomplexe wie Verfahrensregelungen zum Mitglieds- und Abrechnungswesen, Umgang mit Gebietsreformen/Gliederungsfusionen, EU Datenschutzgrundverordnung und Mitgliederverband, Profilierung der Freiwilligendienste, Vorbereitungen des Verbandsjubiläums, Umgang mit der AfD, Richtlinie zu festgelegten verbindlichen Standards für die jährliche Gleichstellungsberichtserstattung in den Gliederungen für das AWO Haupt- und Ehrenamt u.v.m.

3.2 Ausgewählte Aktivitäten und Ergebnisse

Die Überarbeitung des AWO Grundsatzprogramms

Die Mitglieder des Fachausschusses sammelten in den Sitzungen Hinweise bzgl. der zu überarbeitenden Leitsätze und Verbandsgrundsätze, dem „Rückgrat des Grundsatzprogramms“ und brachten diese in den laufenden Prozess zur

Überarbeitung des Programms ein. Die Texte/Entwürfe wurden mehrfach im Fachausschuss diskutiert und revidiert, ebenfalls wurde die Expertise bzgl. fachlicher Fragen rund um die Themen Engagement und Zukunft des Verbandes eingespeist. Die Diskussionsergebnisse fanden Einzug in die vier Regionaltreffen zur Überarbeitung der Entwürfe und wurden an die Grundsatzkommission übermittelt.

10 Jahre Magdeburger Beschlüsse zur Verbandsentwicklung

Bei der Sonderkonferenz 2007 wurden in Magdeburg Eckpunkte für die Verbandsentwicklung der AWO beschlossen. Diese sollten der vielfältigen und dezentralen Entwicklung innerhalb der Verbands- und Unternehmensstrukturen der AWO gemeinsame Leitlinien geben. Die in Magdeburg formulierten Grundsätze haben in vielerlei Hinsicht Eingang in Regelungen und gelebte Praxis des Verbandes gefunden. Im Rahmen eines Expertenworkshops zum Thema Verbandsstrukturen im Juli 2016 entstand jedoch der Vorschlag, sich intensiv mit den damals beschlossenen Grundsätzen auseinanderzusetzen und im Verband eine Art kritische Revision der Beschlüsse anzuregen.

Dieser Vorschlag wurde vom Fachausschuss aufgenommen und mündete zunächst in der Sammlung von offenen Fragen (Wie verbindlich sind die in der Folge von Magdeburg gefällten Beschlüsse und Regelungen? Welche Auswirkung haben die aktuellen Diskussionen auf Strukturen? Welche Widersprüche gibt es im aktuellen verbandspolitischen Diskurs zu den Beschlüssen von Magdeburg?)

In der Sitzung des Fachausschuss Verbandspolitik am 15.02.2018 wurde schließlich ein Entwurf für ein Thesenpapier zu den Magdeburger Beschlüssen vorgelegt. Dieses wurde entsprechend der Anmerkungen des Fachausschusses überarbeitet. Eine allgemeine Einführung wurde hinzugefügt und die einzelnen Punkte um konkrete Handlungsansätze ergänzt. Das Thesenpapier wurde dann zur Befassung im Präsidium und in der Geschäftsführer*innenkonferenz empfohlen. Unter dem Titel „Perspektivpapier AWO 2030 – Starker Mitgliederverband und starkes Unternehmen“ liegt eine Grundlage zur weiteren Thematisierung über den Berichtsraum hinaus vor.

Aktionsprogramm zur Stärkung des Mitgliederverbandes

Der Bundesverband führte von 2015 bis 2019 ein umfangreiches Aktionsprogramm zur Stärkung des Mitgliederverbandes durch. Dabei fungierte der Fachausschuss als

eine Art Beirat zum Aktionsprogramm. Der Fachausschuss beriet im gesamten Berichtszeitraum regelmäßig über Konzepte, Studien und Erhebungen, Einzelvorhaben und deren Umsetzungsstand und gestaltete die zahlreichen Maßnahmen aktiv mit. Exemplarisch sind die „Netzwerktagung Engagement und Verbandsentwicklung“ in Marktbreit, die Weiterentwicklung des online Mitgliederhandbuchs, die Entwicklung und Durchführung zahlreicher Fortbildungen, Workshops und Online-Veranstaltungen (z.B. Reihe „Fokus Verbandsentwicklung“), Beratungs- und Coachingmaßnahmen zu nennen. Im Rahmen des Programms wurde zudem der AWO Lotte-Lemke-Engagementpreis entwickelt, um Einzelpersonen, Projekte, engagierte Ortsvereine usw. für ihr überragendes und innovatives Engagement zu ehren. Mitglieder des Fachausschusses beteiligten sich als Jurymitglieder und gaben wertvolle Hinweise zur kontinuierlichen Weiterentwicklung des Ehrungsformats. Mittlerweile wurde der Preis zwei Mal im Rahmen des Neujahrsempfangs des Bundesverbandes verliehen. Einen weiteren wichtigen Eckpunkt in der Verbandsentwicklung stellt und stellte die Weiterentwicklung des AWO Mitgliederberichtes dar, der 2020 schon zum 10. Mal veröffentlicht wurde. Bereits mit dem neunten Bericht wurden Form und Inhalt deutlich verändert und somit Rückmeldungen aus dem Fachausschuss, den Verbandsgliederungen und Gremien Rechnung getragen. Insgesamt lässt sich festhalten, dass der vom Bundesverband angestoßene Prozess im Rahmen des Aktionsprogramms zusammen mit den regionalen Aktivitäten dazu geführt hat, dass das Thema Verbandsentwicklung viel stärker ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt ist. Anzustreben ist eine Verstetigung der vielfältigen Aktivitäten auf allen Ebenen, die der Fachausschuss verfolgen wird.

Unternehmensverantwortung für den Mitgliederverband und Verankerung im AWO-Managementsystem

Der Prozess zur Verankerung der Unternehmensverantwortung für den Mitgliederverband im AWO-Managementsystem wurde ursprünglich durch einen allgemeinen Arbeitsauftrag der Geschäftsführer*innenkonferenz an den UAK Mitglieder initiiert, um sich mit guter Praxis in Bezug auf die Stärkung des Mitgliederverbandes als Führungsaufgabe im Unternehmen zu befassen. Hieraus entstand die Empfehlung, das Thema in der Norm Führung und Organisation des AWO Managementsystems zu verankern. Die Stärkung des Mitgliederverbandes im

AWO Qualitätsmanagement-System (QM) zu sichern, lag auch aus Sicht des QM nahe, da es schon immer stark an den Leitsätzen der AWO orientiert war.

Der Fachausschuss diskutierte entsprechende Ansätze und wies bzgl. des Entwurfs zur AWO-Norm F+O (Führung und Organisation) darauf hin, dass bei der weiteren Abstimmung in den Gremien und Umsetzung in den AWO Gliederungen und Gesellschaften darauf zu achten ist, dass immer wieder verständlich gemacht wird, warum das Thema bedeutungsvoll für die AWO ist. Zudem sollte bei der Implementierung eine enge Zusammenarbeit beider Fachbereiche (Verband und QM) priorisiert werden. Der Fachausschuss wird den Prozess der Umsetzung auch über 2020 hinaus weiter begleiten.

Überarbeitung des Unternehmenskodex und Compliance

Die Anforderungen an die Professionalität der Unternehmensführungen und damit an die Kompetenzen und Qualifikationen von Führungskräften sind in den zurückliegenden Jahren beträchtlich gestiegen. Vor diesem Hintergrund und aufgrund der Tatsache, dass es im Verband verschiedene Skandale hinsichtlich der ordnungsgemäßen Vereins-/Verbandsführung gab, diskutierte der Fachausschuss wiederkehrend zahlreiche Maßnahmen, um insbesondere die in der Regel ehrenamtlichen Mitglieder von Aufsichtsgremien zu (unter)stützen. Dabei wurden im Zuge der Implementierung des Governance-Kodexes die aufgetretenen Situationen analysiert und ein Bedarf an Compliance-Schulungen identifiziert, als auch nötige vereinsrechtliche Änderungen beraten.

So brachte der Fachausschuss über das Präsidium Empfehlungen in die neue Version der „Verbindlichen Richtlinien der AWO in Deutschland für eine verantwortungsvolle Verbands- und Unternehmensführung und -kontrolle (AWO Governance-Kodex)“ ein und regte transparente und für die Vergütung von Geschäftsführer*innen nachvollziehbare Kriterien wie Gehaltsgitter an.

Vernetzung Fachausschuss Verbandspolitik und Kommission Junge Menschen aktiv in der AWO

In einem gemeinsamen Vernetzungstreffen tauschten sich die Mitglieder des Fachausschusses Verbandspolitik und der Kommission „Junge Menschen aktiv in der AWO“ zu verschiedenen Themen aus. Dabei wurde anhand einer Präsentation über die Aktivitäten der Kommission in den vergangenen Jahren berichtet und im Anschluss über aktuelle Herausforderungen in der Intensivierung der

Zusammenarbeit von AWO und JW und potentiellen verbandlichen Schnittstellen debattiert. Auf der Grundlage der im Fachausschuss festgehaltenen Ergebnisse wurde ein Beschlusspapier für das Präsidium, ein zu beschließender Maßnahmenplan als Grundlage für die weitere Arbeit an dem Thema erarbeitet. Zudem entwickelten die anwesenden Kommissionsmitglieder aus der Region „Nord“ die Idee, eine gemeinsame Regionalkonferenz Nord von Jugendwerk und AWO anzustoßen. Diese wurde im Frühjahr 2020 erfolgreich in Hamburg durchgeführt.

3.3 Leitung der Kommission

Vorsitz Gerwin Stöcken

Wolfgang Stadler
Vorsitzender des Vorstands

Maike Beutler | Georg Förster
Abteilung
Verbandsangelegenheiten/Engagementförderung/Zukunft
der Bürgergesellschaft

4. Bericht der Historischen Kommission 2016–2020

Inhalt

- 4.1 Themenschwerpunkte**
- 4.2 Ausgewählte Aktivitäten und Ergebnisse**
- 4.3 Leitung der Kommission**

4.1 Themenschwerpunkte

Im Berichtszeitraum 2016–2020 hat sich die Historische Kommission schwerpunktmäßig mit der Vorbereitung des Verbandsjubiläums „100 Jahre AWO“ in 2019 befasst. Bereits zur Bundeskonferenz 2016 in Wolfsburg legte die Kommission über das Präsidium eine Arbeitshilfe „Ideensammlung für das AWO-Verbandsjubiläum vor Ort“ vor.

Zahlreiche Bausteine des Jubiläumjahres wurden beraten und weiterführende Hinweise zu regionalen Quellen, Netzwerken usw. gesammelt. Dabei standen sowohl zentrale Angebote des Bundesverbandes auf der Agenda, als auch Beratungen bzgl. regionaler Aktivitäten, Veröffentlichungen, wissenschaftlicher Aufarbeitung, potentieller Kooperationen usw.

4.2 Ausgewählte Aktivitäten und Ergebnisse

Marie Juchacz Denkmal

Am 18. August 2017 wurde das Denkmal für Marie Juchacz am Mehringplatz in Berlin-Kreuzberg feierlich enthüllt. Die Kommission begleitete das Vorhaben zur Errichtung. Der AWO Bundesverband und die Marie-Juchacz-Stiftung hatten sich zuvor zwei Jahre lang dafür eingesetzt nahe der historischen Wirkungsstätte der AWO das vom Künstler Prof. Gerd Winner gestaltete Denkmal der Öffentlichkeit zu übergeben. Den AWO Gliederungen steht mit dem Denkmal ein Ort für die Erinnerungs- und Geschichtsarbeit der AWO zur Verfügung. Im Rahmen des Verbandsjubiläums wurden Aktivitäten wie historische Stadtrundgänge angeboten.

Schriftenreihe zur Geschichte der Arbeiterwohlfahrt

Mit der Publikation „Mit den Fäden fest in der Hand, Lotte Lemke – Einblicke in ein Leben für die AWO“ veröffentlichte der Bundesverband 2017 einen dritten Band in der Schriftenreihe zur Geschichte mit dem Schwerpunkt auf das Leben und Wirken Lotte Lemkes. Als Bundesgeschäftsführerin in der Nachkriegszeit (1946–1965) und auch als Bundesvorsitzende 1965 – 1971 prägte sie die AWO in der Bonner Republik nachhaltig. Die Autorin, Lydia Struck, ebenfalls Mitglied der Kommission, beleuchtete zahlreiche, zum Teil unbekannte Quellen wie Briefe und Tagebucheinträge und näherte sich darüber der Biografie Lemkes an. Die Forschungsarbeiten wurden durch die Kommission begleitet, das Buch wurde im

Beisein der Historischen Kommission im Bonner Lotte-Lemke-Haus der Öffentlichkeit präsentiert.

Forschungs-/Buchprojekt „Geschichte der AWO – 1919 bis 2019“

Das von 2016 bis 2019 durchgeführte Forschungs-/Buchprojekt „Geschichte der AWO – 1919 bis 2019“ wurde durch die Historische Kommission begleitet und stets um Hinweise zu Quellen, Dokumenten und Ansprechpartner*innen bereichert. Als neues Mitglied der Historischen Kommission konnte mit Dr. Philipp Kufferath einer der Autoren des Buchs gewonnen werden, der kontinuierlich für den nötigen Austausch sorgte und Einblicke in die laufende Recherche und Forschung gab, als auch über zugehörige Vernetzungsaktivitäten berichtete.

Ferner fungierten der Kommissionsvorsitzende Michael Scheffler und weitere Kommissionsvertreter*innen als Mitglieder des begleitenden wissenschaftlichen Beirats und somit als Bindeglieder zur Kommission. An dem vom Forschungsteam organisierten Workshop, der vom 26.10.-27.10.17 in Bochum zum Thema „AWO und Wohlfahrtspflege in Deutschland – Entwicklungslinien und Zäsuren“ stattfand, nahmen Mitglieder der Kommission aktiv teil. Der Workshop hatte das Ziel, Wissenschaftler*innen sowie Mitglieder und Funktionsträger*innen der AWO ins Gespräch zu bringen, bezüglich offener Forschungsfragen zu vernetzen und die Verbandsgeschichte aus verschiedenen Perspektiven zu beleuchten.

Konzipierung einer Roll-Up-Ausstellung „100 Jahre AWO #wirmachenweiter“

Der Bundesverband nahm den Wunsch der Gliederungen auf, anlässlich des Jubiläums eine kompakte Roll-Up-Ausstellung zur AWO Geschichte zu entwickeln. Die Historische Kommission legte mit ihrer Beratung den Grundstein für eine entsprechende Konzeption. Dabei wurde herausgearbeitet, dass eine starke Visualisierung, also vordergründig Fotos und plakative Überschriften, sowie die Abbildung einiger AWO Persönlichkeiten und Einrichtungen erfolgen sollten. Im Fokus der Überlegungen stand der Grundsatz, dass sich die Werte der AWO wie ein roter Faden im Sinne der Klammer „Erfahrung für die Zukunft“ durch die gesamte Ausstellung ziehen sollten. Als weitere Eckpunkte wurden formuliert, dass die Ausstellungselemente lediglich einen Rahmen für die zahlreichen AWO-Veranstaltungen im Jubiläumsjahr bieten sollten, z.B. ergänzend zu einem Film zur

AWO Geschichte und Untermauerung von Reden. Bezüglich der thematischen Schwerpunkte wurden historische Themenfelder im Zusammenhang mit heutigen Forderungen bzgl. Arbeit, bzw. Abschaffung von Kinderarbeit, die historische Beleuchtung von Arbeitsschutz, Bildung, Armut, Hilfe zur Selbsthilfe und Marie Juchacz als Frauenrechtlerin priorisiert.

Die fertige Ausstellung umfasste schließlich 10 Motive, die deutschlandweit gezeigt wurden. Besonderer Erfolg und Höhepunkt war, dass die Ausstellung im November 2019 eine Woche lang im EU-Parlament in Brüssel präsentiert wurde. Dafür waren die Ausstellungstexte in die gängigsten europäischen Sprachen übersetzt worden.

4.3 Leitung der Kommission

Vorsitz Michael Scheffler

Michael Scheffler
stv. Vorsitzender des Präsidiums

Maike Beutler
Referentin Verbandsangelegenheiten/-
geschichte

Wolfgang Stadler
Vorsitzender des Vorstands

5. Bericht der Kommission „Junge Menschen aktiv in der AWO“ 2016–2020

Inhalt

- 5.1 Themenschwerpunkte**
- 5.2 Aktivitäten und Ergebnisse**
- 5.3 Leitung der Kommission**

5.1 Themenschwerpunkte

Seitdem die gemeinsame Kommission „Junge Menschen aktiv in der AWO“ 2008 eingesetzt wurde, bereitete sie wichtige formale und verbandspolitische Beschlüsse vor, um eine proaktive und dauerhafte, verbandliche Einbeziehung von jungen Menschen in der AWO, die fachliche und strukturelle Zusammenarbeit von AWO und Jugendwerk zu stärken, sowie den Übergang vom JW in die AWO zu erleichtern. Als Meilenstein ist nicht zuletzt die Durchführung der 1. Gemeinsamen Konferenz von JW und AWO 2014 zu nennen. Die Kommission beschäftigte sich im Berichtszeitraum 2016–2020 insbesondere damit, zu eruieren wie eine Regionalisierung der erarbeiteten Konzepte und Beschlüsse forciert werden kann.

5.2 Aktivitäten und Ergebnisse

Die umfangreichen Ergebnisse der Kommissionsarbeit seit 2008 und die entsprechenden Bundeskongferenzbeschlüsse bestimmten die Kommissionsarbeit und setzten wichtige Impulse für die weitere Thematisierung in den Verbandsgliederungen der AWO und des JW. Dabei wurde wiederkehrend die Implementierung der Ergebnisse in die Verbandsentwicklungsprozesse der AWO und des Jugendwerks als Querschnittsaufgabe für alle Verbandsgremien empfohlen.

Die Kommission diskutierte wie die erarbeiteten Ergebnisse und Vorschläge aus den Leitfäden, Ergebnisdokumenten und Bundeskongferenzbeschlüssen in die regionale Verbandspraxis der AWO-Gliederungen einfließen und in enger Kooperation mit dem Jugendwerk an allen Stellen im Verband umgesetzt werden sollten. Dafür legte sie dem Präsidium einen Maßnahmenplan „Junge Menschen aktiv in der AWO“ vor und diskutierte verschiedene Seminar- und Multiplikator*innenkonzepte die vom Bundesverband entwickelt und durchgeführt wurden, zu nennen ist hier z.B. das Seminar „Engagiert in der AWO.“ Zudem entwickelten die anwesenden Kommissionsmitglieder aus der Region „Nord“ die Idee, eine gemeinsame Regionalkongferenz Nord von Jugendwerk und AWO anzustoßen. Diese wurde im Frühjahr 2020 erfolgreich in Hamburg durchgeführt.

Die Kommission empfiehlt, dass das Konzept der gemeinsamen Konferenzen von AWO und JW regionalisiert und vor Ort gepflegt wird. Weiterhin sollten regionale

Fortbildungen von Multiplikator*innen, z.B. zu „Generationenbotschafter*innen in AWO und JW“ etabliert und verstetigt werden.

Grundvoraussetzung für die lokale Umsetzung der Maßnahmen ist, dass eine beidseitige verbindliche und kontinuierliche Arbeit von AWO und JW auf Augenhöhe erfolgt und die strukturelle und finanzielle Absicherung von Jugendwerken vor Ort in den Blick genommen und dauerhaft gesichert wird. Die Kommission hat vorgelebt, dass insbesondere die verbandspolitische Zusammenarbeit nachhaltig bereichernd ist.

Nach über 10-jähriger erfolgreicher Tätigkeit der Kommission „Junge Menschen aktiv in der AWO“ wird angeregt, dass künftig anstelle der Kommission ein alternatives Folgeformat auf der Bundesebene etabliert wird und insbesondere die Gliederungen –dort wo noch nicht erfolgt– die erarbeiteten Maßnahmen dezentral umsetzen. Ein entsprechender Antrag wird auf der Bundeskonferenz im Juni 2021 vorgelegt.

5.3 Leitung der Kommission

Vorsitz Eva-Maria Lemke-Schulte
Christoph Götz

Maike Beutler | Georg Förster

Verbandsangelegenheiten/Engagementförderung/Zukunft der Bürgergesellschaft



Bundeskonzferenz 2021

6. Bericht des AWO-Ethikrates

Inhalt

- 6.1 Termine und Themen**
- 6.2 Leitung der Kommission**

6.1 Termine und Themen

06.07.2018:

- Diskussion zu ethischen Fragestellungen beim Einsatz von altersgerechten Assistenzsystemen insbes. bei Menschen mit einer Demenz
- Beschluss der Bundeskonferenz 2016 „Menschen in der letzten Lebensphase gut begleiten – Selbstbestimmung bis zum Lebensende“

Einrichtung einer AG zur Erarbeitung des Entwurfs einer Positionsbestimmung der AWO zur Digitalisierung (Nils Opitz–Leifheit, Brigitte Döcker, Ullrich Wittenius)

23.11.2018 (1. AG-Treffen)

- „Digitalisierung in Pflege und Betreuung“ – Leitplanken-Papier
- „Assistierter Suizid“ – weitere Vorgehensweise

27.06.2019: Anhörung des Ethikrats

Teil I:

- Fachdiskussion zur Digitalisierung in der Altenhilfe
- Inputgeber
 1. Dr. Autexier (Bremen Ambient Assisted Living Laboratory);
 2. Prof. Dr. Hülsken-Giesler (Universität Osnabrück, Lehrstuhl für Pflegewissenschaft)

Teil II (intern):

- Diskussion Leitplanken aus Sicht der AWO zum Umgang mit der Beihilfe zum Suizid im Rahmen der AWO-Abschiedskultur
- Abschließende Bewertung zum Beschluss der Bundeskonferenz 2016 „Menschen in der letzten Lebensphase gut begleiten – Selbstbestimmungsende“

03.06.2020 (digital)

- Befassung mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 26.02.2020 zum Verbot der geschäftsmäßigen Beihilfe zur Selbsttötung und Vorbereitung einer Positionierung der AWO
- Information zur Positionierung der AWO zu den Kontaktbeschränkungen in und zur Öffnung der stationären Einrichtungen der AWO (Altenhilfe und Eingliederungshilfe)

31.08.2020 (digital)

- Abschlussdiskussion zum Papier „Leitplanken aus Sicht der AWO zum Umgang mit der Beihilfe zum Suizid im Rahmen der AWO-Abschiedskultur“
- Regelungen zur Suizid-Beihilfe – Thesen
- Stand gesetzgeberischer Aktivitäten

Vom Präsidium verabschiedete Positionspapiere, die im Ethikrat bearbeitet wurden

- 1. Digitalisierung in Pflege und Betreuung – Leitplanken für die Diskussion, Februar 2020**
- 2. Leitplanken aus Sicht der AWO zum Umgang mit der Beihilfe zum Suizid im Rahmen der AWO-Abschiedskultur, Oktober 2020**

6.2 Leitung der Kommission

Vertreterinnen und Vertreter im AWO-Ethikrat waren/sind:

Externe Mitglieder des Ethikrats

Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin, Dr. Arnd May, Franz Müntefering, René Röspel (MdB)

Vertreter*innen der AWO im Ethikrat

Wilhelm Schmidt, Nils Opitz-Leifheit, Prof. Dr. Manfred Ragati, Prof. Dr. Thomas Beyer, Sebastian Kunze, Wolfgang Stadler, Brigitte Döcker, Ullrich Wittenius

Gäste des Ethikrats

Kathrin Sonnenholzner (AWO Bayern), Bärbel Bas (MdB)

Vorsitz	Wilhelm Schmidt
Für den Vorstand	Brigitte Döcker
Federführung	Ullrich Wittenius



7. Bericht der Grundsatzkommission 2016–2019

Inhalt

- 7.1 Das neue Grundsatzprogramm – eine Erfolgsgeschichte der verbandlichen Beteiligung**
- 7.2 Leitung der Kommission**

7.1 Das neue Grundsatzprogramm – eine Erfolgsgeschichte der verbandlichen Beteiligung

Die bereits im September 2014 konstituierte Grundsatzkommission setzte ihre Arbeit auch nach der Bundeskonferenz 2016 fort. In den vier Jahren bis zur Verabschiedung des Grundsatzprogramms am 14. Dezember 2019 auf der Sonderkonferenz in Berlin wurde immer wieder klar, dass es innerhalb des Verbandes ein großes Bedürfnis nach Austausch und Debatte auch abseits tagespolitischer Themen gibt. Dieser Austausch wurde durch die Grundsatzkommission organisiert und begleitet. Viele Impulse aus dem Kreis der Mitglieder wie Mitarbeitenden aber auch aus Wissenschaft, befreundeten Organisationen und der Politik wurden aufgenommen und haben das Grundsatzprogramm geprägt.

Dabei haben insbesondere die folgenden Meilensteine eine wichtige Rolle gespielt: Bereits am 27. Februar 2016 fand eine Sozialkonferenz zum neuen Grundsatzprogramm in Koblenz statt. In acht Arbeitsstationen diskutierten die Teilnehmer*innen der Konferenz unterschiedliche Themen und die dazu bereits vorliegenden Entwürfe für das Grundsatzprogramm. Parallel dazu wurden ebenfalls am 27. Februar 2016 auf der Webseite grundsatzprogramm.awo.org die Fachthemen zur Diskussion freigeschaltet. Hier bestand die Möglichkeit, sich auch online an der Diskussion über das neue Grundsatzprogramm zu beteiligen.

Am 19. Juni 2017 fand eine Fachtagung zum AWO Grundsatzprogramm statt. Gemeinsam mit Vertreter*innen aus anderen Verbänden, aus Parteien, aus Gewerkschaften und Stiftungen wurde in drei vollen Stunden der Entwurf des Grundsatzprogramms zum Thema gemacht. Erfreulich war, dass der Entwurf große Zustimmung erfahren hat und zudem von den Teilnehmer*innen doch der ein oder andere Hinweis kam, der in den folgenden Sitzungen der Grundsatzkommission aufgenommen und den Entwurf eingearbeitet wurde.

Im Zeitraum von November 2017 bis April 2018 fanden dann vier Regionalkonferenzen mit insgesamt ca. 400 Teilnehmenden statt. Auch hier gab es die Möglichkeit, auf Grundlage des zu diesem Zeitpunkt aktuellen Stands des Entwurfs weitere Hinweise und Änderungsvorschläge im Rahmen eines beteiligungsorientierten Veranstaltungsformates einzubringen.

Zuletzt haben sich die Diskussionsfreudigkeit und die Lebhaftigkeit in der AWO auch im Jahr 2019 gezeigt, als in Reaktion auf den Versand des finalen Entwurfs zur Konferenz zahlreiche Anträge im August eingegangen sind. Diese Anträge wurden im gesamten Verband zum Teil in extra dafür abgehaltenen Konferenzen erarbeitet und haben allesamt verdeutlicht, dass die Arbeiterwohlfahrt in der ganzen Breite eine hohe fachliche und ideenpolitische Kompetenz besitzt. Somit war der Prozess auch in seinem letzten Jahr von dem Phänomen geprägt, dass Beteiligung wirkt und hilft, die politischen Positionen der Arbeiterwohlfahrt zu schärfen.

Im Rahmen der Sonderkonferenz am 14. Dezember 2019 trat die Grundsatzkommission noch einmal in ihrer Funktion als Antragskommission für die Sonderkonferenz zusammen und entwickelte Vorschläge für den Umgang mit den zahlreichen eingegangenen Änderungsanträgen.

Am Ende war sich der Verband einig, dass die Grundwerte der Arbeiterwohlfahrt – Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz – dem Programm vorangehen sollen und dass es acht Leitsätze sind, die unserem Handeln auch im zweiten Jahrhundert eine Richtschnur geben. Jetzt können das neue Programm und seine Inhalte auch dazu genutzt werden, vor Ort unterschiedliche Personen und vor allem Interessierte zusammenzubringen und weiter an den Verband zu binden. Die Tatsache, dass wir in der Lage sind, uns auf Grundpositionen zu einigen und sie als gesellschaftliche Ziele nach außen zu tragen, ist eine echte Chance, um mehr Menschen für uns als politische Organisation zu gewinnen, aber auch um Fachkräfte von einer Mitwirkung an unseren Aufgaben zu überzeugen.

Ziel muss sein, auch nach Verabschiedung des neuen Grundsatzprogramms die Diskussion um seine Inhalte und unsere Ziele lebendig weiter zu führen und so mit Mitgliedern, Engagierten, Mitarbeitenden und Interessierten in den Austausch zu treten. Es wird sich gewiss lohnen

7.2 Leitung der Kommission

Vorsitz

Prof. Dr. Thomas Beyer

Erster Vizepräsident

Marius Mühlhausen

Stabstelle Grundsatz- und Zukunftsfragen

8. Bericht der Kommission gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Inhalt

- 8.1 Ziele und Aktivitäten**
- 8.2 Leitung der Kommission**

8.1 Ziele und Aktivitäten

Die 2012 vom Präsidium eingerichtete Kommission gegen Rechtsextremismus hat die Aufgabe, sich mit gesellschaftspolitischen Entwicklungen zum Thema Rechtsextremismus und dessen Auswirkungen und Konsequenzen für die Arbeiterwohlfahrt als Verband und als Arbeitgeber auseinanderzusetzen und Ideen und Vorschläge zu entwickeln, die im Kampf gegen Rechtsradikalismus als gesellschaftliches Phänomen eingesetzt werden können.

Seit 2017 hat die Kommission gegen Rechtsextremismus ihren Aufgabenbereich auf die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ausgedehnt (gemäß BUKO-Beschluss 2016). Ihre strategische Maßnahmenentwicklung wird von zwei externen Experten (Prof. Dr. Wolfgang Benz und Dr. Britta Schellenberg) begleitet und unterstützt.

Einen kontinuierlichen Austausch hat es mit Jörg Rodenbüsch gegeben, der das Projekt „AWO Passgenau“ (Soziale Arbeit mit Fußballfans) geleitet hat, sowie mit Dr. Peter Widmann, Referent im Bundesprogramm „Respekt Coaches“.

Folgende politische Bildungsvorhaben, Publikationen und Kooperationen wurden zwischen 2017 und 2020 realisiert:

1. Das **AWO Diskussionsforum**, das während der Internationalen Wochen gegen Rassismus stattgefunden hat. Angesichts der rechtspopulistischen Entwicklungen regte der AWO Bundesverband eine Debatte an, wie mit diesen Tendenzen umzugehen ist und welche Maßnahmen erforderlich sind, damit ein Gesellschaftsmodell von Solidarität und Toleranz gefestigt wird. Es wurden aktuelle Themen aufgegriffen und Akteure aus der Wissenschaft, Politik, Medien und Zivilgesellschaft zusammengebracht. Debattiert wurde darüber, was gegen die Spaltung der Gesellschaft zu tun ist und welche Maßnahmen hilfreich sind. Themenschwerpunkte und Gäste des Forums:

- 21.3.2017 – **Provokation und Demagogie. Populistische Empörung statt demokratischer Politik** – unter Mitwirkung von Wolfgang Benz, Wolfgang Thierse, Britta Hilpert und Britta Schellenberg / Moderation Alfred Eichhorn
- 20.3.2018 – **Antisemitismus. Zur Präsenz eines Ressentiments** – unter Mitwirkung von Beate Küpper, Marina Chernivsky, Heike Radvan und Margit Wehnert / Moderation Toralf Staud.

- 21.3.2019 – **Der NSU und die deutsche Gesellschaft** – unter Mitwirkung von Petra Pau, Mehmet Daimagüler, Elke Grittmann, Wolfgang Benz und Margit Weihnert / Moderation Frank Jansen
- 17.3.2020 – **Rassismus-Vorurteile-Gewalt. Herausforderungen für die Zivilgesellschaft und Soziale Arbeit** – unter Mitwirkung von Ferda Ataman, Wolfgang Benz, Tahir Della, Brigitte Döcker und Britta Schellenberg / Moderation Frank Jansen. Die Veranstaltung musste wegen der Corona-Pandemie abgesagt werden.

2. Publikationen

- AWO Positionen gegen Rechts (2019 in vierter Auflage – 37.000 Ex.)
- Miteinander gegen Hass, Diskriminierung und Ausgrenzung. Eine Handreichung der Wohlfahrtsverbände zum Umgang mit Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus (2017)
- Rassismus-Ausgrenzung-Gewalt. Klärungen für die Soziale Arbeit (2018)
- Die Einwanderungsgesellschaft und der rechte Terror (2019)
- Vorurteile, Hass und Gewalt (2020)

3. Neue Kooperationen

- Die AWO war von 2017–2019 Kooperationspartnerin im Projekt „Den Menschen im Blick“. Dabei wurden zwei Fortbildungs-Bausteine für Kompetenzen gegen Rassismus und Diskriminierung in Beruf und Alltag entwickelt und erprobt. Mit dieser Kooperation will die AWO – aufbauend auf ihrer Werteorientierung – ein AWO-spezifisches Konzept entwickeln und implementieren, um Mitarbeitende und Führungskräfte im Umgang mit Rechtsradikalismus und Rassismus zu sensibilisieren und zu professionalisieren. Das Ergebnis des Projektes ist das Handbuch „Training Antidiskriminierung. Den Menschen im Blick“, das im Februar 2020 vom Wochenschau Verlag herausgegeben wurde.
- Die AWO hat die Ergebnisse und Forderungen des zweiten Antisemitismusberichts des Unabhängigen Expertenkreises zum Anlass genommen und eine Zusammenarbeit mit dem Kompetenzzentrum der

Zentralen Wohlfahrtstelle der Juden in Deutschland etabliert. Diese Kooperation hat sich bewährt und wird weitergeführt.

Im Frühjahr 2019 hat die Kommission den „Leipziger Appell 2019. Für ein demokratisches und solidarisches Gemeinwesen“ erarbeitet, der am 25. Mai 2019 vom Bundesausschuss der Arbeiterwohlfahrt verabschiedet wurde.

Aufbauend auf diese Aktivitäten und Maßnahmen hat der AWO Bundesverband die Fachstelle „Zusammenhalt durch Teilhabe in der Sozialen Arbeit. AWO für Vielfalt und Engagement“ bei der Bundeszentrale für politische Bildung (Regiestelle „Zusammenhalt durch Teilhabe“) beantragt und bewilligt bekommen. Projektlaufzeit: 2020–2024.

8.2 Leitung der Kommission

Vorsitz	Margit Wehnert	seit 1.1.2019
	Dennis Rohde	vom 1.1.2017 bis 31.12.2018
	Wilhelm Schmidt	bis 31.12.2016
Für den Vorstand	Brigitte Döcker	
Federführung	Dr. Peter Widmann	ab 1.12.2020
	Dr. Brigitte Mihok	vom 1.9.2016 bis 31.11.2020
	Resa Memarnia	bis 30.8.2016

9. Bericht der Kommission

Geschlechtergerechtigkeit in der AWO

Inhalt

- 9.1 Themenschwerpunkte
- 9.2 Aktivitäten und Ergebnisse
- 9.3 Zusammensetzung der Kommission

9.1 Themenschwerpunkte

Die Kommission Geschlechtergerechtigkeit in der AWO wurde 2017 vom Präsidium eingesetzt, um die Entwicklung und Umsetzung eines Ziels und einer Vision von Geschlechtergerechtigkeit im Unternehmen und im Mitgliederverband zu sichern. Grundlage dafür war der Beschluss 1.9-0 „Arbeiterwohlfahrt sichert Geschlechtergerechtigkeit und Vielfalt!“ der Bundeskongferenz der Arbeiterwohlfahrt 2016. Die Kommission findet unter der Leitung der Gleichstellungsbeauftragten des Präsidiums Helga Kühn-Mengel mit Beteiligung des Vorstandes des Bundesverbandes statt. Sie tagt in der Regel zwei Mal pro Jahr.

Ein Schwerpunkt der Kommission ist die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen zur Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit als Querschnittsaufgabe, der sich alle Arbeitsfelder der AWO gemeinsam stellen müssen. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist die Gleichstellungsberichtserstattung, die von der Kommission begleitet wird. Sie berät außerdem das ESF-Projekt „Vielfaltsbewusst in Führung“, das mit starkem Praxisbezug an zwei Modellstandorten durchgeführt wird. Die Kommission unterstützt die Landes- und Bezirksverbände bei der Einleitung von Schritten, um Geschlechtergerechtigkeit innerhalb der AWO zu fördern bzw. abzusichern.

9.2 Aktivitäten und Ergebnisse

- Die Kommission hat die Fertigstellung des 1. Gleichstellungsberichts der AWO begleitet, der 2018 veröffentlicht und verbandsweit umfassend diskutiert wurde. Unter Einbezug der Kommission wurden aus den Ergebnissen Ziele und Handlungsempfehlungen abgeleitet.
- Die Kommission hat verbindliche Standards für ein AWO Gleichstellungsberichtswesen erarbeitet, die verbandsweit diskutiert und am 20.09.2019 in Form einer „Richtlinie für die jährliche Gleichstellungsberichtserstattung für das Hauptamt“ verabschiedet wurden.
- Die Kommission hat eine Aufgabenbeschreibung für die Gleichstellungsbeauftragte des Präsidiums erarbeitet, die im Mai 2019 vom Präsidium verabschiedet wurde.
- Ausgehend von den Handlungsempfehlungen aus dem 1. Gleichstellungsbericht wurde das ESF-Projekt „Vielfaltsbewusst in Führung –

mit Diversity Management Potentiale erkennen, Strukturen verändern, Personal gewinnen und binden“ (ViF) initiiert. Seit Juli 2019 wird es maßgeblich an den beiden Modellstandorten Bezirksverband Schwaben und Westliches Westfalen durchgeführt und von der Kommission in der Umsetzung beratend unterstützt.

- Als externe Expert*in hat Dr. Mara Kuhl vom Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) zum Stand der vom ISS in AWO Gliederungen durchgeführten Gleichstellungsberatungen berichtet.
- Mit den innerverbandlichen Expert*innen Susanne Rindt und Dr. Georg Förster aus dem Bereich Verbandsangelegenheiten/ Engagementförderung/ Zukunft der Bürgergesellschaft wurde das Thema „Mehr Geschlechtergerechtigkeit im Ehrenamt“ beleuchtet. Gemeinsame Handlungsfelder wurden benannt und mögliche Maßnahmen diskutiert.
- In 2020 hat sich die Kommission zum Umgang mit der Corona-Situation in den Gliederungen unter Gleichstellungsaspekten ausgetauscht und vertiefend mit dem Thema Home-Office/Telearbeit/Mobile Arbeit befasst. Die gleichstellungspolitische Schiefelage in unserer Gesellschaft trat in der Pandemie überdeutlich und verschärft zutage. Die Kommission setzte sich umso stärker dafür ein, dass sich die AWO vor dem Hintergrund ihres historisch begründeten frauen*- und gleichstellungspolitischen Verständnisses klar für geschlechtergerechte Politik einsetzt und ihre Verantwortung im Unternehmen und als Mitgliederverband wahrnimmt. Hierbei arbeitet sie eng mit den Arbeitsfeldern Frauen* und Gleichstellung und der hierfür zuständigen Fachreferentin beim Bundesverband Sarah Clasen zusammen (siehe die nachfolgenden drei Punkte Positionspapier, Buko-Antrag, Sozialkonferenz).
- In einem intensiven Arbeitsprozess haben die Kommission und der Arbeitskreis Frauen und Gleichstellung das Positionspapier „Geschlechtergerechtigkeit als AWO-Grundwert“ entwickelt. Dabei wurden die Werte der AWO im Hinblick auf Vielfalt und Geschlechtergerechtigkeit ausbuchstabiert und das neue Grundsatzprogramm der Arbeiterwohlfahrt einbezogen. Das Positionspapier wurde am 18.09.2020 vom Präsidium verabschiedet und soll der AWO, ihren Mitgliedern, Freiwilligen und Beschäftigten als Standortbestimmung und Zukunftsvision dienen.

- Ebenfalls in Zusammenarbeit mit dem AK Frauen und Gleichstellung wurde der Antrag „Geschlechtergerechtigkeit in der AWO erreichen und Vielfalt leben!“ für die Bundeskonzferenz 2021 vorbereitet. Dieser knüpft an die frauen*- und gleichstellungspolitischen Erfolge der vergangenen Jahre an mit wegweisenden Forderungen sowohl für die Lobbyarbeit nach außen als auch für die Arbeit in den eigenen Strukturen.
- Am 08.12.2020 wurde die 10. Sozialkonferenz „Irrelevant trotz Systemrelevanz? Frauen- und Gleichstellungspolitik in der Krise“ inmitten der Corona-Pandemie digital durchgeführt. Dabei wirkten Mitglieder der Kommission in zentralen Rollen mit. Auf der Konferenz wurden die frauen*- und gleichstellungspolitischen Positionen und Forderungen der AWO mit den Lehren aus der pandemiebedingten Krise abgeglichen.

9.3 Zusammensetzung der Kommission

Die Kommission ist besetzt mit Vertreter*innen der Geschäftsführer*-innenkonferenz, des Präsidiums, des Jugendwerks der AWO sowie weiteren Kolleg*innen und Mitgliedern mit themenspezifischer Expertise. Externe Gäste sind zulässig. Das Gremium ist dem ehrenamtlichen Präsidium zugeordnet.

Vorsitz	Helga Kühn-Mengel
Für den Vorstand	Wolfgang Stadler bis Dezember 2020
Federführung	Petra Rostock bis Juni 2019 Sina Küster seit Juli 2019